

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 2

Artikel: Student und Politik
Autor: Hoch, Frank
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

volle Konkurrenz spielt, noch nicht gemacht. Andernfalls wäre die Öffentlichkeit wohl viel kritischer.

Auch die AVE von GAV bedarf noch der Beschneidung von Auswüchsen. Außerdem bedarf sie der rechtlichen Klärung. Es stehen große staatspolitische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Sofern die AVE außerhalb der Regelung der Arbeitsbedingungen angewandt wird, kommt sie der Wirtschaftslenkung durch die Verbände mit all ihren Nachteilen gleich. Erhalten die Verwaltungsbehörden zu viel Befugnis, so entwinden sie den gesetzgebenden Instanzen einen Teil ihrer Rechte. Solange die Anfechtungsmöglichkeiten nicht geregelt sind, ist der betroffene einfache Bürger praktisch wehrlos. Es besteht somit Anlaß, der weiteren Entwicklung alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Student und Politik

Von Frank Hoch

Wer die Hallen einer schweizerischen Hochschule während des akademischen Viertels abschreitet oder sich in die Hörsäle begibt, könnte sich wundern, so wenig Hinweise auf eine politische Tätigkeit der Studenten zu finden. Da wird keine offene politische Propaganda getrieben. Nirgends wird versucht, Hochschülerstimmen für eine öffentliche Abstimmung zu gewinnen. Keine Partei bemüht sich mit äußerem Aufwand um das Interesse der Studenten. Andererseits geht auch keine bedeutendere Initiative von den Studenten aus. Mit einer einzigen Ausnahme, die Resolution über die Deportierung der Norweger Studenten, gibt es keine Studentendemonstrationen, keine Kundgebungen der Hochschüler über Tagesfragen der Politik, ja sogar kaum einigermaßen eindruckliche Pressebeiträge von Studenten über aktuelle politische Themen. Man wird sich darum fragen, ob denn die Studenten überhaupt politisch aktiv seien. Verschwindend wenig Studenten sind Mitglieder von Parteien. Darunter befinden sich allerdings Leute, die besonders rege sind. Die Linksparteien betreiben in beschränktem Umfang eine recht geschickte persönliche Werbung. Dann gibt es Studenten aus Kreisen, die gegen die Mitte oder nach rechts orientiert sind, welche Studiengruppen gründeten, in denen hauptsächlich im Bestreben, Einblick in die Bedeutung und Struktur der aktuellen politischen Probleme zu gewinnen, diskutiert wird. Keine dieser Bewegungen erfaßt die Studentenschaften quantitativ. Es handelt sich um kleine Gruppen mit begrenzten Zielen.

Die breite Masse der schweizerischen Hochschüler ist politisch weitgehend teilnahmslos. Es läßt sich nicht eine eindeutige Abkehr

von politischen Fragen konstatieren, sondern eine Zurückhaltung, die merkwürdig schlecht zur Jugend paßt. Der heutige Schweizerstudent ist politisch leidenschaftslos und unoriginell. Eine Erklärung dafür kann nicht mit Bestimmtheit gegeben werden. Es kann sein, daß die schweizerische *Innenpolitik* so ausgereift ist, daß sie ohne deren Zutun zur vollen Zufriedenheit der Hochschulener funktioniert. Daß irgend jemand heute mit dem Gang der *internationalen* Politik zufrieden sei, ist schlechtweg undenkbar. Für den Schweizer sind aus bekannten Gründen die zwischenstaatlichen Verhältnisse allermindestens so wichtig wie die innerschweizerischen Angelegenheiten. Interesselosigkeit diesen Dingen gegenüber ist heute geradezu unentschuldig.

Man kann lesen, daß die Politik eine Verantwortung des Akademikers ist. Das allein ist eine völlig unzulängliche Feststellung. Der Gebildete, ja der Student, der sich aus Verantwortungsgefühl allein, oder um ein guter Bürger zu sein, mit Politik beschäftigt, tut sich Zwang an. Das Gedeihen einer Demokratie hängt aber ausgerechnet davon ab, daß möglichst viele ihrer Angehörigen sich nicht gezwungen fühlen, Politiker zu sein, sondern daß sie es aus Neigung und Bedürfnis sind. Dieses Bedürfnis aber ist untrennbar mit dem Glauben an eine bessere Zukunft verbunden, sodaß der *Glaube* die erste und wichtigste Triebfeder einer konstruktiven politischen Tätigkeit ist. Wo der Glaube fehlt, verdrängt das Einzelinteresse das Gemeininteresse. Ein zweites Erfordernis ist der Sinn für das praktisch Erreichbare, die *Erfahrung*, ohne welche jedes politische Unternehmen zum Scheitern verurteilt ist. Fehlt sie, so propagiert der Idealist und Dilettant Maßnahmen, von denen der Routinier weiß, daß sie schaden. Weiter ist *Initiative* notwendig. Wenn es daran mangelt, dann geschieht nichts, bis es zu spät ist. Ganz allgemein zögert heute die Einzelinitiative angesichts der allgegenwärtigen, drückenden Unsicherheit. Die Angst vor der Verantwortung ist in Studentenkreisen oft spürbar. *Zivilcourage* ist da wie überall eine seltene Tugend. Nur in ganz seltenen Fällen wird jemand, der nicht vom persönlichen *Ehrgeiz* getrieben wird, politische Leistungen vollbringen. Der Ehrgeiz ist ja nicht unter allen Umständen eine verächtliche Eigenschaft. Das Bedürfnis, sich als kluger, erfolgreicher Förderer und Lenker der Gemeinschaftsangelegenheiten auszuzeichnen, ist nicht verwerflich. Im Gegenteil, ihm gebührt Ehre und gesellschaftlicher Rang, der politische Fortschritte fertigbringt. Schlimm steht es um das Volk, das es unterläßt, die Jungen zur Achtung vor der politischen Leistung zu erziehen. Wo große Vorbilder vergessen oder durch übertriebene Kritik herabgemindert werden, wo hervorragende staatsmännische Leistungen verkannt werden, die man eigentlich ehrend würdigen sollte, dort hebt der Zerfall an. Die nachwachsende Generation sieht nichts Anziehendes an der Politik und wendet sich von ihr ab. Politik ohne

Jugend ist ebenso schlimm wie Politik ohne Alter, wenn nicht schlimmer, denn die Jugend ist die Zukunft, und Politik ohne Jugend ist Politik ohne Zukunft.

Glaube, Erfahrung, Initiative, Ehrgeiz sind Voraussetzungen des idealen Politikers. Der Student ist sicher kein idealer Politiker; er wurde ja soeben geschildert, wie wenn er überhaupt kein Politiker wäre. Was gilt nun? Es kann sein, daß er für die Politik ungeeignet ist, weil ihm die notwendigen Voraussetzungen einfach fehlen. Dann liegt der Fehler in der Erziehung oder in der Lebensweise. Vielleicht steckt in ihm ein echter Politiker, der nur darauf wartet, anzupacken: jetzt fühlt er sich noch machtlos, weil die tätige Politik Wegen folgt, die er als falsch erkennt. Auf alle Fälle läßt er sich keineswegs von der Idee der politischen Verantwortung leiten.

Ein international bekannter schweizerischer Gelehrter und Politiker wurde in einer Versammlung von Studenten gefragt, wie sich der Student der Politik gegenüber zu verhalten habe. Er riet: «Das beste, was Sie tun können, ist, Ihre Studienzeit so nutzbringend als möglich zu gestalten, mit offenen Augen und Ohren Erfahrungen zu sammeln und zu beobachten. Vor allem glauben Sie nicht, zu jeder Ihnen hingeworfenen Frage Stellung beziehen zu müssen, besonders wenn Sie überhaupt nichts davon verstehen können». Mehr als zwei Jahrtausende früher fand Plato, daß man die politische Reife kaum vor dem fünfzigsten Altersjahr erreicht. Immerhin, die Zeiten ändern sich, wenn auch oft weniger als man glaubt. Wir sind von unserem zwanzigsten Geburtstage an stimmfähig, ein Beweis dafür, daß man von da an die politische Urteilsfähigkeit anerkennt; zweifellos mit Recht. Auch wenn der Zwanzigjährige leichter beeinflusbar ist als der Fünfzigjährige, so ist noch lange nicht erwiesen, daß sein Urteil, was Intelligenz und gesunden Menschenverstand anbelangt, schlechter ist als dasjenige des Greises. Darum verlangt der Student von denjenigen, die sich beklagen, weil er sich der öffentlichen Politik fernhält, volle Achtung seiner Meinung. Statt dessen läßt man ihn gerne wissen, daß er eben noch jung und unerfahren ist (das weiß er, hört es aber nicht gerne) und darum sowieso schweigen und zurücktreten soll, wenn Ältere es besser wissen. Lasse man doch die Jungen als Gleichberechtigte zu, wenn man ihre volle Unterstützung will!

Gerade oft genug hat in den letzten Jahren das Volk mit Wucht Vorlagen verworfen, die von allen Parteien empfohlen worden waren. Führende Parteiorgane werfen dann dem Souverän fehlende politische Einsicht vor. Viel größer ist wohl der Mangel der Parteien, die ja Zeit und Volk verkennen. Durch ihr Verhalten untergraben sie das Vertrauen, welches sie von seiten der Wähler so dringend nötig haben. Die Wähler, darunter auch die Studenten, sind offenbar recht feinfühlig dieser latenten Diskrepanz gegenüber. Vielleicht unbewußt,

deswegen aber nicht weniger stark, spüren wir alle die überragende Wichtigkeit, welche die außenpolitische Situation gewonnen hat. Daher können wir uns nicht für innenpolitische Fragen ereifern, die zwar gelöst werden müssen, aber mit ganz wenig Großmut auch ohne Lärm gelöst werden könnten. So gesehen dünkt uns eben die Frage wichtig, ob eigentlich die Schweiz wirklich nur zuschauen müsse, während andere Völker verhungern, aber wenigstens versuchen, einen Frieden aufzubauen und Angst und Not aus der Welt zu vertreiben. Wir haben nicht vergessen, daß es nur im Krieg eine Neutralität gibt, aber nicht im Frieden. Wir schämen uns nicht, im Kriege neutral gewesen zu sein, wohl aber über die Angst, nach Kriegsende aus der Neutralität hervorzutreten. Was für einen Sinn hat überhaupt die Neutralität im Kriege und die wunderbare Unversehrtheit nach dem Kriege inmitten eines riesigen Chaos, wenn von unserer geordneten Zitadelle aus nicht starke Aufbaukräfte und wegleitende Ideen hinausgreifen? Wir glauben Laughlin Currie, der eindringlich genug sagte, welche Rolle der Schweiz in Europa zukomme; denn sie besitzt innere Ruhe, Kapital, Initiative, ausgebildetes Personal und Erfahrung in praktischer Demokratie. Noch nie hatte ein Land soviel zu vergeben wie die heutige Schweiz. Wenn sich die öffentliche Politik einmal energisch damit befaßt, dann werden ihr die Studenten kaum mehr untätig fernbleiben.

Ist das wahr, dann kann man die politische Untätigkeit der Studenten nicht als Mangel an Eignung auffassen. Viel eher ist es dann ein unbewußter Protest gegen den Kurs der tätigen Politik. Ein solcher Protest wäre aber der klarste Ausdruck für den Mangel an Initiative der Protestierenden. Wenn jedermann sich von der Politik abkehren würde, der mit ihrem Gang nicht zufrieden ist, dann gäbe es keine Opposition. Das wäre ganz schlimm, denn heute anerkennen wir, daß die Demokratie nicht ohne eine unabhängige, garantierte Opposition im Staate gedeihen kann. Sie sorgt dafür, daß die Staatsführung nicht leerläuft; sie unterhält den Kampf um den Fortschritt. Also darf man es wagen, den Studenten Mangel an politischer Initiative vorzuwerfen. Wenn sie bestreiten, sich als stillschweigende Opposition zu fühlen, dann sind sie eben stillschweigend zufrieden. Das müßte ihnen noch mehr Vorwürfe eintragen. Studenten, die mit dem Stande der Gemeinschaftsangelegenheiten in und außerhalb des Landes zufrieden sind, verzichten auf ihr Recht, Fortschritt zu fordern. Und dieses Recht hat doch die Jugend. Unter Fortschritt verstehen wir Lebensverhältnisse, die den Menschen besseres bieten, als sie bisher hatten. Der Student vor allen andern gehört in den Dienst des Fortschrittes, ein Dienst, der jetzt einen zähen Kampf um kein Geringeres als den Frieden verlangt. Überall sind Studenten unter den Waffen gestanden, um Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie zu

verteidigen. Der Waffengang ist vorbei. Die Pause läuft ab, in der wir Atem holten. Es wird jetzt immer klarer, daß Unabhängigkeit und Demokratie zwar gerettet wurden, und trotzdem noch keine Freiheit herrscht. Dafür triumphieren Angst und Not, unter deren Fuchtel es keinen Frieden gibt. Gegen diese geht darum der Kampf heute ohne Bomben weiter. Wenn der Student darin nicht mitmacht, dann bedeutet das: er leistet zwar, wenn er vom Staat dazu gezwungen wird, nämlich im Militärdienst, nicht aber, wenn er zur Leistung berechtigt ist, ohne gezwungen zu sein. Damit würde der Schweizerstudent das Recht, Demokrat genannt zu werden, verwirken.

Deutsche Gesundung

Von Johannes Weyl

Mit diesem Aufsatz umriß der Autor die geistige Einstellung des von ihm ins Leben gerufenen «Südkurier» (Konstanz) zu den Problemen der Gegenwart.

Die Schriftleitung.

Wir dürfen sprechen und so müssen wir es. Die Geschichte, der ewige Strom des menschlichen Lebens, kennt nur scheinbar Fristen des Verweilens; unaufhaltbar gebiert sie aus dem Schoß eines jeden Augenblicks den neuen, — gebiert aus allen in der Welt vorhandenen Kräften täglich das Antlitz des kommenden Morgens.

Ein erstes Band des Vertrauens hat sich gewoben zwischen den Deutschen, die ohne geistige Heimat den Niederbruch einer gewaltsam errichteten Welt erlebten, und neuen Institutionen, die an die Öffentlichkeit treten konnten: manchen Zeitungen zunächst, Ansätzen politischer Organisation und einzelnen Männern, die in das geistige und wirtschaftliche Chaos eine vorläufige Ordnung zu bringen den schweren Auftrag annahmen oder sich selbst erteilten — Pionieren, die von tausend Aufgaben immer nur eine anpacken konnten und hundert auch künftig noch werden liegen lassen müssen.

Das Band des Vertrauens, das auch uns durch unsere Arbeit mit vielen verbindet, hat es uns möglich gemacht, früher als andere einen Überblick über die heutige geistige Situation der Deutschen, wenigstens in einem regional umgrenzten Gebiet, zu gewinnen, und als erste konnten wir aus Erfahrung zeigen, wie geistig das Gesicht einer großen und vielfältig zusammengesetzten Gruppe von Deutschen beschaffen sei: uneinheitlich mußten wir deren geistige Situation nennen und schwierig als eine Situation zwischen den Zeiten; doch sahen wir sie zugleich gekennzeichnet durch fruchtbare Ansätze einer möglichen Entwicklung, die freilich der sorgsamsten Pflege bedürfen, denen Zeit und Ruhe gewährt werden muß.